Während der Corona-Zeit wurde die Maximalarbeitszeit auf 12 Stunden für PflegerInnen erhöht. Bis heute gibt es keinen Corona-Bonus für Pflegekräfte im Krankenhaus. Wie empfindest du das?

Dass die Arbeitszeiten hoch gesetzt wurden, wundert mich nicht. Es gibt ja in der Pflege ohnehin schon einige Sonderreglungen. Zum Beispiel brauche ich als Pflegekraft nur 10h Ruhepause zwischen den Schichten, andere Berufsfelder haben hingegen 11h. Das Einhalten ist aber nicht immer möglich, denn bei einem Spät-/Frühwechsel sind keine 10h gegeben.

Dass es keinen Bonus gibt finde ich natürlich nicht toll. Altenpfleger bekommen einen und auch im Einzelhandel gab es einen. Ich will denen den Bonus nicht absprechen, aber wir sind alle systemrelevant und es sollte somit auch für alle gelten.

Was muss sich deiner Meinung nach an den Arbeitsbedingungen jetzt wo die erste Welle der Pandemie zurückgeht, ändern?

Es muss auf jeden Fall aufgerüstet werden. Durch die Lockerungen kann es zu mehr Infektionen kommen. Wenn wir uns nicht entsprechend vorbereiten laufen wir Gefahr im Chaos zu versinken. Es sollte gut überlegt werden, welche Eingriffe nötig sind und welche eventuell noch warten können, um Kapazitäten frei zu halten. Schließlich sind wir im Krankenhaus auch einer Gefahr ausgesetzt. Wir sind viele verschiedene in Schichten wechselnde Berufsgruppen. Die PatientInnen werden am Tag von viel Personal gesehen: Die zuständige Pflegekraft mit einer Auszubildenden, der Arzt, der Student, der Blut abnimmt, die Assistentin beim Röntgen, der Transportdienst, der die PatientInnen zu den Untersuchungen bringt, die Putzfrau, die Servicekraft und der Konsiliardienst. Im Krankenhaus können wir auch nicht die Mindestabstände einhalten. Ich kann niemanden mit einer Distanz von 2 Metern pflegen, essen anreichen oder Infusionen anschließen.

Welche Möglihkeiten siehst du dafür, dass sich KollegInnen zusammen organisieren und sich gemeinsam wehren?

Leider scheuen sich viele meiner KollegInnen in dem Streik zu gehen, weil das Gefühl entsteht, wir würden die PatientInnen vernachlässigen. Aber wir müssen einfach aufzeigen, dass es so nicht weitergehen kann. Andernfalls machen wir nicht deutlich, dass das System nicht funktioniert. Denn es macht immer den Eindruck, dass es eben doch funktioniert, auch mit nur einer Pflegekraft, aber wie diese Pflegekraft sich dabei fühlt und wie abgebrannt sie dann ist, realisiert keiner. Hauptsache alles geht seinen Gang und wenn es nur auf dem Papier ist.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer-Str 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1: “Wut in Dessau: Oury Jalloh-Demo 2018“ (CC BY-NC-SA 2.0) by tim.lueddemann
Foto 2: https://www.facebook.com/SoliNetzKoeln/photos/a.576106102731430/1197604923914875
Foto 3: “UmCare - Strategiekonferenz Pflege und G“ (CC BY 2.0) by rosalux-stiftung

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 40 | Juli 2020 www.perspektive-online.net

Rassistische Polzeigewalt – nur ein Problem in den USA?

– von Yusuf Özkan –

Vor etwa einem Monat haben Schwarze Menschen in Minneapolis eine Protestwelle entfacht, welche bis heute anhält. Die Proteste rissen umgehend die Staatsgrenzen ein und wurden über Nacht in vielen verschiedenen Ländern aufgenommen und weitergetragen. Selbst der vermeintlich mächtigste Mann der Welt (Donald Trump), kann sich seit beginn kaum mit etwas anderem beschäftigen. Der Auslöser für die Proteste war der rassistische Mord von Polizisten an George Floyd. Die DemonstrantInnen fordern mit Nachdruck ein Ende rassistischer Polizeigewalt.

Doch warum sollte uns hier in Deutschland etwas, was über 7.000 km weit entfernt passierte, auf die Straßen bewegen? Existiert das Problem auch hier?

Rassismus innerhalb der deutschen Polizei

Nach einer aktuellen Recherche haben in den letzten 30 Jahren mindestens 159 MigrantInnen ihr Leben in staatlichem Gewahrsam verloren oder sind durch die Polizei getötet worden. Zu den Opfern zählen unter anderem Oury Jalloh und Amad Ahmad.

Beide sind durch ein Feuer in ihren Zellen ermordet worden. Beide Verfahren wurden mit belanglosen, oder gar ohne Konsequenzen für die Polizisten eingestellt. Auch wenn die Behörden anderes behaupten, die Beweise zeigen: das war Mord. Das Problem ist eher, dass diese Beweise die Gerichte des Staates nicht interessieren.

Doch wie kann es sein, dass Faschisten ungestraft davon kommen? Leider ist es nicht die Ausnahme, sondern die Regel, dass sich Polizisten und Amtsträger gegenseitig decken. So wie im Fall von Amad, wo mindestens zwei Polizeibehörden involviert waren. Die Polizei in Kleve und Hamburg. Man konnte nachweisen, dass die Hamburger Polizei erst nach dem Mord von Amad die polizeilichen Datensätze veränderte. Somit versuchten sie ihre Lüge, sie hätten Amad mit einem anderen Gesuchten verwechselt, zu bekräftigen. Denn Amad war vor seinem Tod, unbegründeter Weise vier Monate in Haft gewesen.

Tod in Dessau

Hans-Jürgen Rose (1997), Mario Bichtemann (2002) und Oury Jalloh (2005) starben alle im selben Polizeirevier und teilweise sogar in der selben Zelle, in Dessau. Das Innenministerium von Sachsen-Anhalt, erklärte 2018: „Zum Todesfall des Hans-Jürgen Rose sind keine polizeilichen Erkenntnisse mehr vorhanden. Es liegen keine Unterlagen vor.“ Scheinbar wurden diese Unterlagen vernichtet, denn sie hätten zur Prüfung eines Zusammenhangs der drei Morde Aufschluss geben können. Außerdem wäre da noch die Frage, warum von jährlich mehr als 2.000 Verfahren gegen Polizeibeamte nur 2% mit einer Anklage bzw. einer Verurteilung enden.

NSU 2.0

Innerhalb der hessischen Polizei wurden in der Vergangenheit immer wieder rechtsradikale Netzwerke aufgedeckt. Eine dieser Zellen operierte unter dem Namen „NSU 2.0“. Sie war verantwortlich für die Drohnachrichten gegenüber der NSU-Nebenklägerin Seda Basay-Yildiz und ihrer Familie. Die Drohnachrichten wurden über das Faxgerät der Polizeidienststelle verschickt. Und dass der NSU eng mit dem Inlandsgeheimdienst und Polizeibehörden verstrickt ist, wissen wir ja auch schon längst.

Doch die mangelhafte Aufklärung der NSU-Morde ist kein bloßer Zufall. Beweise wurden nicht grundlos vernichtet. Wir müssen die weitverbreitete Illusion zurück drängen, dass der Staat auf dem rechten Auge blind sei. Das ist nicht so, denn genau so wie es läuft, dient es dem Staat in seiner Rolle als Unterdrücker.

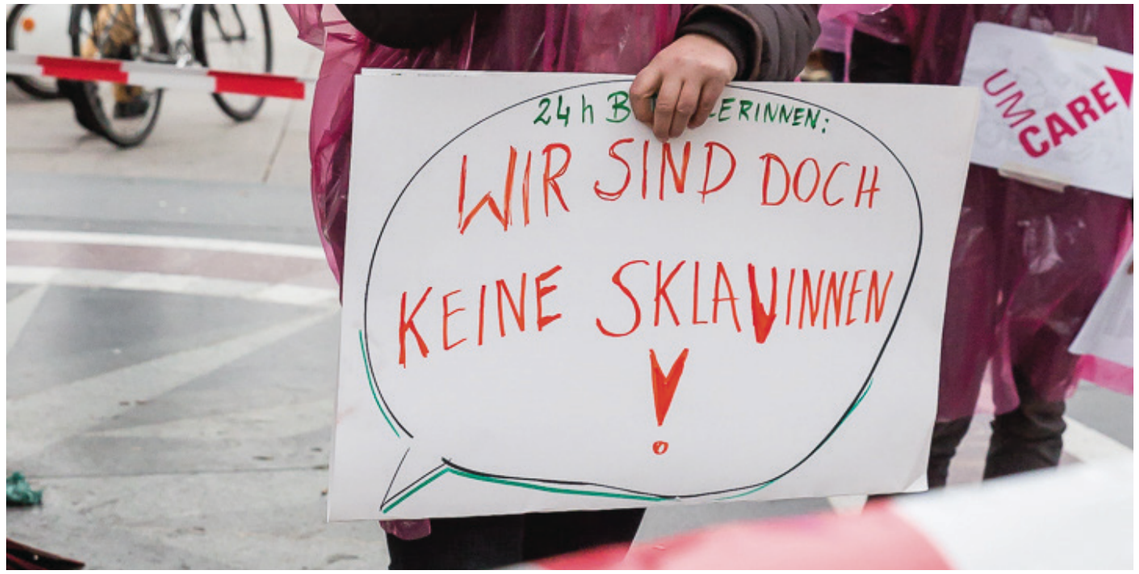
Rassismus dient dem System

Denn der Staat nutzt faschistische Netzwerke und eine unantastbare Polizei, die seine Interessen vertritt, um die Unterdrückung und Spaltung von ArbeiterInnen und MigrantInnen zu gewährleisten.

Denn eine solche Spaltung nutzt den großen Banken und Konzernen, die wirklich sagen, wo es in diesem Staat lang geht.

Sie profitieren davon, dass MigrantInnen schlecht bezahlte Jobs annehmen und Ausländer sich mit den Ausländer- und Abschiebebehörden rumschlagen müssen, mit einer permanenten Angst vor Konsequenzen, die ihre Existenz bedrohen. Denn damit werden sie in Passivität gehalten, damit sie sich nicht wehren. Ebenso profitieren die Herrschenden davon, dass die ArbeiterInnen nach Herkunft gespalten werden, damit sie sich nicht gegen den Chef zusammenschließen.

Der Kampf gegen rassistische Polizeigewalt muss also als Teil eines allgemeinen Kampfs gegen Rassismus und Kapitalismus gedacht werden. Und dieser Kampf fängt in unserer Solidarität mit unseren KollegInnen im Betrieb und unseren NachbarInnen an.



„In der Pflege muss unbedingt aufgerüstet werden!“

– Ein Interview mit Pflegerin Rahel Semt –

In der Corona-Pandemie standen Pflegekräfte an der fordersten Front. Sie waren mit fehlender Schutzkleidung und noch mehr Belastungen konfrontiert. Wir haben mit der Pflegerin Rahel Semt aus einem großen Universitätsklinikum im Norden Deutschlands gesprochen. Über ihren Alltag vor, während und nach Corona – und welche Forderungen sie an die Politik stellt.

Perspektive Online: Zu Beginn der Corona-Pandemie wurden massive Lücken in unserem Gesundheitssystem deutlich. Wie hast du die Situation empfunden?

Durch die hohe Nachfrage und der damit verbundene Preisanstieg bestimmter Artikel, z.B. Mund- und Nasenschutzmasken oder aber Desinfektionsmittel, bekamen einige Menschen lange Finger. Das hatte zur Folge, dass Schutzkleidung und Desinfektionsmittel weggeschlossen werden mussten. Das heißt: Pro Schicht kommt nur eine Person an diese Hilfsmittel und jede Herausnahme muss penibel dokumentiert werden. Das ist ein hoher Zeitaufwand und führt oft dazu, dass diese Mittel fehlen, weil keine Zeit da ist, um die zuständige Pflegekraft zu suchen. Zudem kommt es zu Mehrarbeit durch die Abstriche die bei der Aufnahme gemacht werden müssen und ggf. noch bei der Verlegung. Durch die prästationären PatientInnen kommt es zu Dopplungen der Abstriche, da sie bei Voraufnahme getestet werden und nochmal bei der Wiederaufnahme.

Hatte sich die Situation zur Lage davor verschärft?

Tatsächlich war es einige Woche etwas ruhiger bei uns, zumindest im chirurgischen Bereich, da zunächst die aufschiebbaren Eingriffe nach Möglichkeit ausgesetzt wurden. Auch aufgrund dessen, dass Intensivbetten freigehalten werden mussten. Das Freihalten der Intenisvbetten, so nötig es auch ist, führte bei Wiederanstieg der Operationen dazu, dass Patient Innen verfrüht auf die Normalstationen verlegt wurden. Dies hatte zur Folge, dass die verlegten PatientInnen noch nicht stabil genug waren und es zu Komplikationen kam. Natürlich waren die vermehrten Verlegungen und die Schwere der Fälle auch ein Grund für den Anstieg des Arbeitsaufwandes.